



c/o Jörg Schmidt-Rohr
Vincent e.V.

Alte Eppelheimer Straße 38
69115 Heidelberg

0173-3008579
info@das-heidelberger-
buendnis.de

Antwortbogen

Sozialpolitische Forderungen zur Gemeinderatswahl 2024

Bitte bis 25.5 per Mail zurück

Name:

Partei/Wählervereinigung/Liste

Die Linke

Wer füllt aus..... Sahra Mirow.....

Allgemeine Bemerkung:

Während einige wenige mehr besitzen, als sie jemals ausgeben können, haben viele inzwischen Probleme mit der Miete. Denn alles wird teurer. Horrende Mieten, Energie und Lebensmittelpreise steigen, Löhne und Gehälter aber nicht. Heidelberg wird immer mehr zu einer Stadt der Gutverdienenden. Das muss aber nicht so sein. Als Linke stehen wir für ein soziales und gerechtes Heidelberg, das niemanden zurücklässt. Das in seine soziale Infrastruktur investiert und genug Wohnraum schafft, auch barrierefreien. Ein Heidelberg der Vielen, das niemanden ausschließt und zwar unabhängig von Einkommen, Herkunft, Geschlecht, Religion oder einer Behinderung. Dazu trägt ihr ganz wesentlich mit bei, Danke für eure wertvolle Arbeit.

Zu den einzelnen Bereichen (ankreuzen)

ja nein Kommentar (Stichwort oder extra Text)

Soziale Infrastruktur

Keine Kürzungen der sozialen Infrastruktur
Vorausschauende Sozialplanung
Bericht zur sozialen Lage weiterhin/gute Daten

Ja, die soziale Infrastruktur wollen wir ausbauen. Hilfs- und Beratungsstrukturen wollen wir stärken und gute Bezahlung für die dort Beschäftigten. Der Bericht zur sozialen Lage muss unbedingt fortgeführt und Studierende einbezogen werden.

Wohnen

Weiterhin viel günstigen Wohnraum
30% Einkommen für Miete
Besondere Wohnformen stärken
Housing first Projekt
PHV als soziales und ökologisches Leuchtturmprojekt

ja nein Kommentar

Ja, bezahlbares und barrierefreies Wohnen muss noch viel stärker im Fokus stehen, inbs. auf PHV. Rund die Hälfte der Menschen hat WBS Anspruch, daher haben wir auch beantragt, 50% der Wohnungen sozial zu bauen. Gemeinnützige Wohngruppen und Projekte wollen wir weiter stärken und Housing First deutlich ausweiten.

Begegnung im Stadtteil

Schaffung von Quartiers-Familienzentren

ja nein Kommentar

Ja, wir setzen uns zudem für Sorge-Zentren ein, in denen verschiedene Angebot der öffentlichen Daseinsvorsorge zusammenlaufen.

Hilfen für Menschen in Not

Zugänge zu Beratung Verbessern
Heidelberg Pass weiterentwickeln
Erreichbarkeit und Offenheit des JC verbessern
Neue Modelle der Arbeitsmarktintegration

ja nein Kommentar

Ja, wir wollen Beratungsangebote ausbauen, gerade auch für SGB II und SGB XII. Die Nutzung des HD-Passes wollen wir ausweiten und haben im letzten Haushalt der Stadt dafür eine Werbekampagne erreichen können. Wichtig war uns auch die Ausweitung auf Menschen im Niedriglohn. Das JC muss erreichbar sein, Sanktionen lehnen wir strikt ab.

Schwierige Lebenslagen

Unterstützung ermöglichen
Teilhabe und Inklusion in allen Lebensbereichen
Mehr inklusive Arbeitsmöglichkeiten
Mehr inklusive Kinderbetreuung
Inklusion als Querschnittsaufgabe

ja nein Kommentar

Ja, wir wollen ein hürdenloses Heidelberg. Wir konnten eine deutliche Ausweitung der Mittel für den barrierefreien Ausbau von ÖPNV Haltestellen erreichen, passieren tut nur leider nicht viel. Barrierefreiheit muss auch im Bildungsbereich, zu dem wir Kitas dazu zählen, gelten. Keine Gesellschaft kann es hinnehmen, dass Menschen von ihr ausgeschlossen werden.

Schutzsuchende

Aktivitäten gegen Ausgrenzung und Rassismus
Mehr Aufnahme Geflüchteter
Keine Bezahlkarte

ja nein Kommentar

Ja, Menschen auf der Flucht brauchen unsere Solidarität und Anerkennung. Wir haben uns stets dafür eingesetzt, dass Heidelberg als reiche Stadt hier mehr tut. Eine Bezahlkarte, egal in welcher Form, ist rassistisch und soll die Betroffenen in ihrer Selbstbestimmtheit einschränken - das lehnen wir entschieden ab!

Alleinerziehende

Armutsrisiko senken
Angebote verbessern

Ja, wir wollen Alleinerziehende besser unterstützen. Zum Beispiel durch die Schaffung von geeigneten und vor allem auch bezahlbaren Wohnungen (Mehrzimmer-Zuschnitt) und durch mehr öffentlich geförderte und fair entlohnte Jobs, die auch mit der Kinderbetreuung kompatibel sind. Knapp die Hälfte der Alleinerziehenden in Baden-Württemberg sind armutsgefährdet, die Kommunen müssen hier unbedingt gegenarbeiten.